

Schüsse in Marzahn

Lange vor dem NSU war absehbar, was sich zusammenbraut. Seite 2



Der ganze Peymann

Intendant nimmt Abschied vom Berliner Ensemble – mit Kleist. Seite 14

Foto: dpa/Jörg Carstensen

Protest in Hongkong

Ein Marathon wird alljährlich zur Demo gegen Peking. Seite 19

Foto: Hong Kong Alliance



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 15. Februar 2017

72. Jahrgang/Nr. 39

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Gutes Wetter kann man nicht essen

Jörg Meyer über die Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Die Gewerkschaften machen mit Streiks Druck, bevor am Donnerstag die Verhandlungen zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und den Gewerkschaften in die dritte und vermutlich letzte Runde gehen. Die Forderungen der Gewerkschaften liegen seit Mitte Dezember auf dem Tisch. Die TdL wird erst zur dritten Runde ein Angebot vorlegen.

Dem Vernehmen nach verlaufen die Verhandlungen konstruktiver als in den Vorjahren, was auch am neuen TdL-Vorsitzenden Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister von Niedersachsen, und seinem Stellvertreter, dem Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen, liegen dürfte.

Die Rhetorik am Verhandlungstisch sei weniger konfrontativ, man macht eher einen auf Schönwetter als unter Hartmut Möllring. Da waren Verhandlungen auch ohne neuen Termin abgebrochen worden. Wenn die Gewerkschaften mit Warnstreiks gedroht hätten, habe Möllring mit »Dann macht doch!« reagiert.

An den Forderungen der Beschäftigten ändert das schöne Wetter aber nichts. Sie wollen mehr, das hat die Beteiligung an den Warnstreiks gezeigt. Die TdL täte gut daran, den Forderungen nachzukommen. Die Kassen sind gefüllt wie lange nicht, und die Beschäftigten blicken neidvoll auf ihre KollegInnen in der Privatwirtschaft oder im Bundesdienst, die besser verdienen. Die Nachwuchsprobleme, die es schon gibt, könnten sich noch verschärfen.

UNTEN LINKS

Jedes zweite Krankenhaus Bayerns steckt tief in den roten Zahlen. Wahrscheinlich geht es Krankenhäusern anderswo ähnlich, aber da die Bayern rote Farbe am allerschwersten vertragen, müssen die Krankenhäuser dort zuerst gerettet werden. Eine Rettung beginnt in der Notaufnahme, dort entsteht eine ebensolche. Die wird an eine Röntgenbildwand gepinnt, das bedrohliche Zahlenmaterial wird extrahiert und zur histologischen Untersuchung an McKinsey geschickt. Dort erweist sich rasch, dass Krankenhäuser mit vielen Patienten und wenig Personal von rotem Zahlenbefall weniger betroffen sind als Krankenhäuser mit wenigen Patienten und viel Personal. Am überlebensfähigsten sind Krankenhäuser, in denen Personal und Patienten identisch sind. Ob Ärzte und Pfleger dafür die Patientenleiden übernehmen müssen oder schon krank eingestellt werden sollen, darüber streiten die Fachleute noch. Ärzte sind für die Buchführung jedenfalls schädlich, ja, geradezu eine Seuche. Patienten sowieso. uka

Konstruktiv und ergebnislos

Tausende Landesbeschäftigte streikten vor neuer Verhandlungsrunde



So klingt Gewerkschaft: Streikdemo in Berlin am Dienstag.

Foto: dpa/Christoph Schmidt

Berlin. Wenn am Donnerstag in Potsdam die dritte Verhandlungsrunde für die 800 000 Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder beginnt, wissen die Verhandlungsführer der Gewerkschaften die Beschäftigten hinter sich. Tausende gingen am Dienstag in mehreren Bundesländern auf die Straße.

In Berlin zogen rund 8000 LehrerInnen, ErzieherInnen und PolizistInnen vom Alexanderplatz zum Brandenburger Tor. Horte, Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen blieben dicht. Aufgerufen hatten die Erziehungsgewerkschaft GEW, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und die Gewerkschaft der Po-

lizei. Im landeseigenen IT-Dienstleistungszentrum legten Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes die Arbeit nieder.

In Bayern streikten rund 2500 Beschäftigte unter anderem aus Straßenmeistereien und Kliniken. In Sachsen-Anhalt beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben rund 7000 Beschäftigte, in Baden-Württemberg waren es mehr als 4000. Unter anderem in Berlin, Rheinland-Pfalz und Thüringen sollen die Ausstände am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Gewerkschaften fordern unter anderem ein Lohnplus von insgesamt sechs Prozent, das sich aus einem Sockelbetrag für die unteren so-

wie der Einführung einer Erfahrungsstufe sechs für die höheren Lohngruppen zusammensetzt, was für dienstältere Beschäftigte ein ordentliches Plus im Portemonnaie bedeuten würde. Bei der Forderung nach einem Ende der sachgrundlosen Befristungen ist die Tarifgemeinschaft der Länder nicht gesprächsbereit, hieß es aus Gewerkschaftskreisen gegenüber »nd«.

Die Verhandlungen verliefen insgesamt »sehr konstruktiv«. Wegen der Fülle der Punkte sei aber völlig offen, wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei. Die dritte und letzte Verhandlungsrunde ist für Donnerstag und Freitag angesetzt. jme Seite 9

Kommen und Gehen im Weißen Haus

Sicherheitsberater nach Telefonaten mit Russlands Botschafter zurückgetreten / Neuer Finanzminister

Viel Bewegung in Washington: Kanadas Premier zu Besuch, Sicherheitsberater Flynn auf dem Rückzug und Steven Mnuchin tritt als Finanzminister an.

Washington. Im Weißen Haus herrscht unter dem neuen US-Präsidenten Donald Trump ein Reges Kommen und Gehen. Beim Besuch des kanadischen Premierministers Justin Trudeau versicherte Trump, er wolle im Handel mit dem nördlichen Nachbarn »sogar noch mehr Brücken bauen«. Damit relativierte Trump seine Kritik am Nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA).

Überschattet wurden alle Aktivitäten am Montagabend (Ortszeit) vom Rücktritt des früheren Generals Michael Flynn vom Posten des Nationalen Sicherheitsberaters. Flynn hatte noch während der Amtszeit von Barack Obama mit Russlands Botschafter in Washington über US-Sanktionen gegen Moskau gesprochen.

Die »Washington Post« und die »New York Times« berichteten unter Berufung auf Geheimdienstmitarbeiter über Mitschriften der Telefonate. Der pensionierte Drei-Sterne-General war wegen seiner Russlandkontakte von der Spionageabwehr überprüft worden, wie das »Wall Street Journal« berichtete. Kommissarischer Nachfolger Flynns wird mit Keith Kellogg ein weiterer General im Ruhestand.

Flynn begründete seinen Rücktritt damit, dass er Vizepräsident Mike Pence aus Versehen nicht vollständig über seine Telefonate informiert habe: »Leider habe ich wegen der hohen Geschwindigkeit der Ereignisse unbeabsichtigt den designierten Vizepräsidenten und andere mit unvollständigen Informationen über meine Telefongespräche mit dem russischen Botschafter unterrichtet.« Amerikanischen Bürgern ist es verboten, ohne Legitimation mit anderen Staaten zu verhandeln.

Russische Politiker sehen in Flynns Ausscheiden aus der US-Regierung ein schlechtes Zeichen für die Beziehungen beider Länder. Es gehe darum, die Beziehungen zu Russland zu treffen, twitterte der Senator Alexej Puschkow. Kremlsprecher Dmitri Peskow wollte den Rücktritt nicht kommentieren: Es sei eine innere Angelegenheit der USA.

Flynns kommissarischer Nachfolger, Keith Kellogg, ist 72 Jahre alt und ein hochdekoriertes Veteran des Vietnamkrieges. Als Kandidat für die dauerhafte Nachfolge wurde in US-Medien neben Kellogg unter anderem der frühere General und Chef des Geheimdienstes CIA, David Petraeus, gehandelt. Dieser war 2015 wegen der Weitergabe geheimer Informationen zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden.

Nur Stunden vor dem Bekanntwerden von Flynns Rücktritt hatte der US-Senat den früheren

Wall-Street-Banker Steven Mnuchin als neuen Finanzminister bestätigt. 53 Senatoren stimmten am Montag dafür, ihn zu bestätigen – neben 52 Republikanern mit Joe Manchin aus West Virginia auch ein Demokrat. Die anderen 47 Senatoren stimmten gegen Mnuchin. Für weitere Kabinettsmitglieder laufen Bestätigungsverfahren, darunter die Ressorts Inneres, Handel und Energie. Agenturen/nd Seiten 3, 4 und 5

Lesen Sie heute im Ratgeber

Was bedeutet der neue Pflegegrad 1?

Verspätete Abrechnung der Nebenkosten

Neue Internetwelt bei der Deutschen Bahn

Tunesier unter Freiwilligkeitsdruck

Merkel drängt Amtskollegen auf Rücknahme von mehr Flüchtlingen

Berlin. Bei einem Treffen in Berlin haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und der tunesische Premierminister Youssef Chahed Eckpunkte vereinbart, damit Deutschland mehr abgelehnte Asylbewerber nach Tunesien zurückschicken kann. Merkel sagte nach dem Treffen, im Gespräch sei ein neuer Ansatz, der die freiwillige Rückkehr durch Bildungsangebote und Starthilfe attraktiv machen soll. Aber auch Abschiebungen kündigte Merkel an. Auffanglager, vor denen Flüchtlingsorganisationen zuvor heftig gewarnt hatten, wurden auf dem Treffen nicht besprochen. Chahed hatte sich bereits zuvor gegen solche ausgesprochen.

Über Details der Rückkehrförderung soll am Mittwoch beim Treffen zwischen Chahed und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) gesprochen werden. Auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) soll Vorschläge machen. Am Dienstagmittag gedachten Merkel und Chahed am Berliner Breitscheidplatz der Attentatsopfer vom Dezember. nd/Agenturen Seite 6

Weniger Geld für die Rüstung

Laut IISS-Report verfehlen fast alle NATO-Länder die Rüstungsziele

London. Die Verteidigungsausgaben der NATO sinken. Das geht aus dem Jahresbericht über das weltweite militärische Kräfteverhältnis hervor, den das renommierte Internationale Institut für Strategische Studien (IISS) am Dienstag in London vorgestellt hat. Fast alle NATO-Staaten haben demnach ihr selbst gestecktes Ziel verfehlt, zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für das Militär auszugeben. Das gelang dem Bericht zufolge neben den USA nur Estland und Griechenland im vergangenen Jahr. 2015 seien es noch vier europäische Länder gewesen, sagte IISS-Generaldirektor John Chipman.

Auch Großbritannien, das andere Länder des Verteidigungsbündnisses wiederholt zur Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels ermahnt hatte, kam laut Chipman nur auf 1,98 Prozent. China indes rüstet sich weiter zu einer militärischen Supermacht auf. Hightech-Waffen aus chinesischer Produktion seien außerdem unter anderem in Nigeria und Saudi-Arabien aufgetaucht, berichtete IISS-Direktor Chipman. dpa/nd Seite 7

Facebook tut zu wenig gegen Hetze

Soziale Netzwerke löschten nicht alle angezeigten Hassbotschaften

Berlin. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat die Betreiber sozialer Netzwerke aufgefordert, noch stärker gegen rechte Hassbotschaften vorzugehen. Zwar würden 80 Prozent der von der Organisation jugendschutz.net beanstandeten Fälle inzwischen rasch gelöscht. »Aber das reicht noch nicht aus«, sagte die Ministerin.

Jugendschutz.net ging nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr gegen 1678 rechtsextreme Angebote in den sozialen Netzwerken vor. 94 Prozent wurden bei Facebook, Youtube und Twitter festgestellt. In über 80 Prozent der Fälle sei es gelungen, über eine Kontaktaufnahme zum Anbieter die Inhalte schnell zu entfernen.

Ein Problem sei allerdings, dass Nutzer mit ihren Hassbotschaften zunehmend auf Netzwerke auswichen, die dagegen nichts unternehmen, sagte jugendschutz.net-Vizechef Stefan Glaser. Er nannte als Beispiel das russische Netzwerk VK. »Falschmeldungen werden gezielt lanciert, um Hass zu schüren«, so Glaser. nd/Agenturen Seite 6

ISSN 0323-3375

